

# PSYCHISCHE STÖRUNGEN UND RECHT

**GRUNDRECHTE** = BÜRGERRECHTE <sup>für Deutsche</sup> + MENSCHENRECHTE <sup>für alle</sup>

- Einteilung:
  - Grundrechte Art. 1-19
  - Bund und Länder Art. 20-37
  - Bundesorgane Art. 38-69
  - Gesetzgebung Art. 70-91
  - weitere Bestimmungen

## - Grundrechtsfunktionen

- Grundrechte gewährleisten dem Einzelnen subj. Rechte

↳ subj. Rechte schränken staatliche Organe ein alle staatliche Organe sind abhängig von Grundrechten

⇒ Folge: keine zu große Einmischung vom Staat

- status negativus

↳ jeder Einzelne kann Probleme lösen ohne Staat Staat darf sich nicht in die persönlichen Belange einmischen

⇒ Freiheit vom Staat („Jeder darf machen, was er will, dem Staat darf sich ja nicht einmischen.“)

- status positivus

↳ Staat muss mir gewisse Dinge zur Verfügung stellen

Der Staat muss sich um mich kümmern

- Grundrechte sind objektive Wertordnung

⇒ Alle Gesetze müssen im Einklang mit dem Grundgesetz sein  
wenn Gesetz gegen Grundgesetz verstößt, dann ist es rechtswidrig und das Gesetz wird gekippt

## - Grundgesetz und EU-Recht

- EU-Recht steht über Grundgesetz



ABER sie ergänzen sich auch

## - Regelung über Änderung des Grundgesetzes (Art. 79)

↳ Artikel kann man nicht streichen

⇒ Grundrecht ist für immer

## UNTERSCHIED ZWISCHEN ZIVILRECHT UND STRAFRECHT

Zivilrecht	Strafrecht
<ul style="list-style-type: none"><li>regelt die Rechte und Pflichten zwischen NATÜRLICHEN / JURISTISCHEN PERSON</li></ul> <p>(und)</p> <p>NATÜRLICHEN / JURISTISCHEN PERSON</p>	<ul style="list-style-type: none"><li>vertritt öffentliches Interesse:</li></ul> <p>STAAT</p> <p>⇕</p> <p>NATÜRLICHE PERSON</p>

- strafbar können nur Personen werden (Strafverfahren gegen Firmen gibt es nicht)
- das Strafrecht legt die Voraussetzungen der Strafbarkeit fest und droht bestimmte Strafen und sonstige Rechtsfolgen an StGB § 211 [Mord] → Rechtsfolge  $\hat{=}$  lebenslang
- um einen Menschen zu bestrafen ist es nötig, dass er sich rechtswidrig verhalten hat, bzw. er Unrecht begangen hat

### DREI-STUFIGER DELIKTSAUFBAU:

- (1) zuerst, ob das fragliche Verhalten überhaupt in einem Straftatbestand beschrieben ist
- (2) ist das fragliche Verhalten rechtswidrig?
- (3) ist es schuldfähig?

### DIE DELIKTARTEN

- (1) die vorsätzliche, vollendete Handlungsdelikte will mit Stein morden → mordet
- (2) das fahrlässige, vollendete Handlungsdelikte hatte nicht vor Kind anzuhalten, ist aber 70 gefallen

### STRATPROZESS - ABLAUF DER HAUPTVERHANDLUNG

- ↳ Beginn: Aufruf der Sache
- ↳ sind Angeklagter und Verteidiger anwesend? Sind die Beweismittel da?
- ↳ Staatsanwalt liest Anklageschrift
- ↳ Belehrung des Angeklagten (Recht zu schweigen, schweigen nicht neg. auslegen)
- ↳ Vernehmung des Angeklagten zur Sache, zu seinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

↳ Beweisaufnahme (Zeugen)

↳ Angeklagter, Verteidiger und Staatsanwalt kommen zu Wort  
(Plädoyer: erst Staatsanwalt, dann Verteidiger)

↳ Hauptverhandlung schließt mit der Urteilsverkündung  
=> innerhalb 1 Woche kann man in Berufung gehen!

## STRAFEN

- Hauptstrafe:

↳ Geldstrafe StGB § muss zu Vermögen passen; von 5-360 Tagessätze

↳ Freiheitsstrafe StGB § 38 mind. 1 Monat, max. 15 Jahre: Bis 2 Jahre Freiheitsstrafe besteht Möglichkeit der Bewährung

- Nebenstrafe

↳ Fahrverbot StGB § 44 (bis 3 Monate nicht fahren)

- Maßregeln der Besserung und Sicherung:

↳ Entziehung der Fahrerlaubnis, Berufsverbot, Sicherungsverwahrung

## STRAFBEFEHL bei kleineren Strafen

↳ es ist wie ein Strafurteil (nur ohne Verfahren)

↳ man bekommt einen Brief (wenn man akzeptiert, dann okay, wenn man nicht akzeptiert, dann Verfahren)

## JUGEND - UND ERWACHSENENSTRAFRECHT

↳ jugendlich: 14-17  $\hat{=}$  Jugendstrafrecht

↳ heranwachsend: 18-21  $\hat{=}$  Jugendstrafrecht wenn jugendliches Verhalten

=> Verhandlung findet vor Jugendrichter statt

=> Jugendamt wird eingeschaltet wie jugendlicher wohnt, zur Toilet steht, wie Kindheit war

Mitarbeiter des Jugendamts darf Strafe vorschlagen wird stark gewichtet

=> Sozialstunden, Schulung, Anti-Aggressionstraining, Arrest

↳ Jugendstrafe: Mittelpunkt  $\hat{=}$  Erziehung nicht öffentlich

Strafrecht: Mittelpunkt  $\hat{=}$  Bestrafung teils öffentlich

↳ wenn Angeklagter 22 Jahre alt (oder älter ist) gilt automatisch das Erwachsenenstrafrecht!



## FAMILIENRECHT

### ZUGEWINNGEMEINSCHAFT

• jeder hat sein Vermögen → Vermögensmassen werden getrennt gesehen

↳ jeder verwaltet Vermögen allein

ABER Einschränkung: wenn gesamtes Vermögen weggegeben wird, muss eine Zustimmung da sein!

• solange Ehe läuft bleibt Vermögen gleich → Bei Trennung findet Zugewinnausgleich statt

• Alternative: Gütertrennung

### ZUGEWINNAUSGLEICH

	Anfangs- vermögen	Endver- mögen	Zugewinn	Überschuss	Zugewinn- ausgleich
♂	10.000€	25.000€	15.000€	14.000€ $\frac{1}{2}$	7.000€
♀	5.000€	6.000€	1.000€		

⇒ Zugewinnausgleich kann nie negativ sein!

### VERSÖRGUNGS-AUSGLEICH



→ Person A: 50% der gesetzlichen Rente PLUS 50% der Zusatzversorgung (von Firma) werden an Person B weitergegeben.

→ Person B: 50% der Beamtenversorgung PLUS 50% der Riester werden an Person A weitergegeben.

⇒ Rente wird auch halbiert!

### TRENNUNGS-UNTERHALT

• kann in der Zeit der Trennung bis zur Scheidung verlangt werden

Bsp.: Herr Müller: Netto 2.800€

Frau Müller: kein Verdienst → um Kinder gekümmert

⇒  $\frac{1}{7}$  von 2.800€ = 400€ → gehören Herr Müller allein

⇒ die restlichen 2.400€ werden halbiert

↳ 1.200€ Frau Müller, 1.200€ Herr Müller

## NACHEHELICHER UNTERHALT

- ab dem Zeitpunkt der rechtskräftigen Scheidung beanspruchbar
- Reform 2008: nachehelicher Unterhalt nur so lange zahlen, bis Frau sich beruflich neu orientiert hat (ganze Zeit zahlen od. bis Frau Beruf hat)
- Reform 2013: bei Scheidung muss Dauer der Ehe mehr berücksichtigt werden!
- lange Ehe: Frau musste schlechteren Job annehmen wegen Kinder nach Scheidung von 25 Jahren verheiratet  
↳ Mann muss ein lebenslang Unterhalt zahlen

## KINDESUNTERHALT

- Kindesunterhalt wird nach Düsseldorfer Tabelle berechnet
- 1.100 € wird nicht abgezogen (Netto)

## SCHIEDUNGSVORAUSSETZUNGEN

- wenn Lebensgemeinschaft nicht mehr besteht und die Wiederherstellung nicht mehr zu erwarten ist => Ehe ist gescheitert
- BGB § 1566
  - ↳ seit einem Jahr getrennt leben (Trennung von Tisch und Bett) (auch getrennt wirtschaften)
  - ↳ beide müssen Scheidungsantrag stellen (oder A gibt Scheidungsantrag ab, B stimmt zu)
  - => die Ehe ist gescheitert, wenn Ehegatten seit 3 Jahren getrennt leben
  - => wenn nach dem Jahr Mann kommt und sagt „läuft doch super“ muss der Richter prüfen!
  - => einer braucht einen Anwalt! (sonst kein Einreichen des Scheidungsantrags)
  - => automatisch wird Versorgungsausgleich gemacht



## SORGERECHT

- elterliche Sorge  $\hat{=}$  Sorge bzw. Fürsorge für die Person des Kindes (Personensorge)  
 $\hat{=}$  Vermögen des Kindes (Vermögenssorge)
- es besteht ein gemeinsames Sorgerecht, wenn...
  - ... die Eltern zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes miteinander verheiratet sind.
  - ... die Eltern nach der Geburt einander heiraten.
  - ... die Eltern erklären, dass sie die Sorge gemeinsam übernehmen wollen (Sorgeerklärungen).
  - ... das Familiengericht den Eltern die elterliche Sorge gemeinsam überträgt.

## GEMEINSAMES SORGERECHT NACH SCHEIDUNG

- bei Scheidung bleibt gemeinsames Sorgerecht grundsätzlich bestehen  
AUFNAHME: wenn Richter erkennt, dass es mit Eltern nicht funktioniert, dann kann Richter das Sorgerecht auf ein Elternteil übertragen werden (das Elternteil, bei dem das Wohl des Kindes am besten aufgehoben ist)
- Aufenthaltsbestimmungsrecht (normalerweise am Sorgerecht dran)  
ABER man kann es auch trennen
- Umgangsrecht / Anspruch auf Umgang (wenn Aufenthaltsbestimmungsrecht bei Mutter, dann Anspruch auf Umgang bei Vater)
- wichtig ist immer das Kindeswohl (16-jährige kann man fragen, kleine Kinder müssen zum Psychologen  $\rightarrow$  Schloss zeichnen)  
 $\hookrightarrow$  3 Prinzipien:
  - (1) Kontinuität (Schulwechsel)
  - (2) Frage nach Förderung (wer kann schulisch fördern?)
  - (3) Wer ist neutral? Wer redet Partner schlecht? $\Rightarrow$  Schluss: Gutachten  $\rightarrow$  Richter berücksichtigt das bei Entscheidung
- wenn später Mutter sagt „Bei mir ist das Kind doch besser aufgehoben“  $\rightarrow$  Möglichkeit der Anfechtbarkeit!



## ERBRECHT

- regelt, wer das Vermögen eines Verstorbenen erhält und wie dies geschieht
- Erbe geht an eine oder mehrere Personen über

## GESETZLICHE ERBFOLGE (BGB §1930)



--- Sonderstatus      1. Ordnung      2. Ordnung      3. Ordnung      4. Ordnung

→ wenn Kinder da, dann erben Kinder. wenn nicht, dann erben Eltern.  
wenn Eltern nicht da, dann Geschwister und Nefen/Nichten. wenn  
die auch nicht da, dann Großeltern,...

⇒ ein Verwandter ist nicht zur Erbfolge berufen, solange ein Ver-  
wandter einer vorhergehenden Ordnung vorhanden ist!

- Erbsucher: ermitteln/suchen Erben ABER: Erbsucher sagt  
"Ich sage es dir nur, wenn ich  $\frac{1}{4}$  des Erbe bekomme"
- Ehegatte hat keinen Anspruch auf Erbe (nicht blutsverwandt)  
↳ SONDERRECHT

## ERBRECHT DES EHEGATTEN

♂ Erblasser

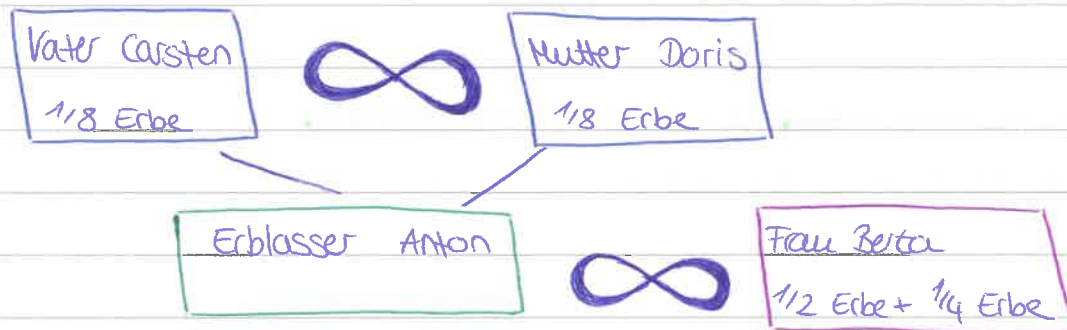


♀  $\frac{1}{4}$  Nachlass +  $\frac{1}{4}$  Zugewinnausgleich

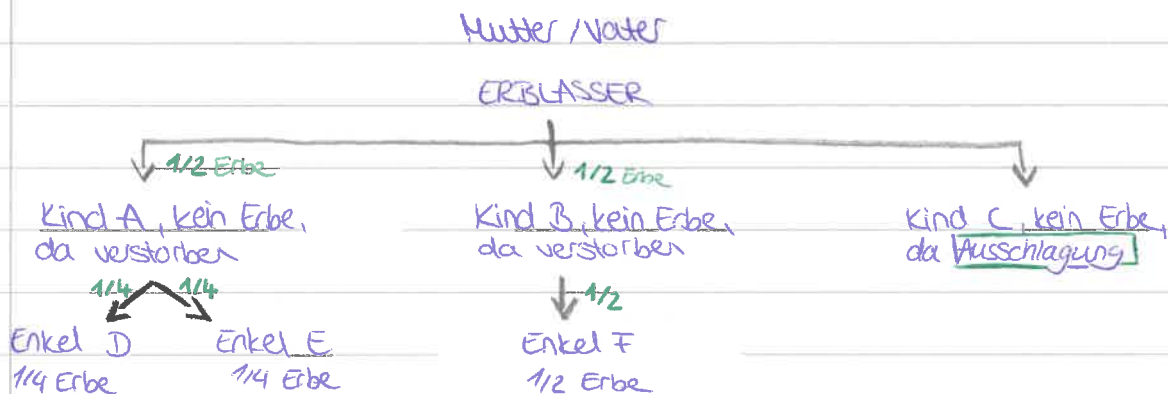
Kind 1  
 $\frac{1}{4}$  Erbe

Kind 2  
 $\frac{1}{4}$  Erbe

- wenn keine Kinder vorhanden, dann:



## ERBFOLGE NACH STÄMMEN



## PFLICHTTEIL

- 3 Pflichtteilsberechtigte: Kinder, Eltern, Ehegatte  
↳ man kann die nicht so leicht enterben  
(wenn kein Kind mehr, dann Enkel)
- Bsp.:  $\square$  Vater  $\infty$  Mutter  

Kind  
von  $\frac{1}{2} \rightarrow \frac{1}{4}$

Pflichtteil besteht aus der Hälfte  
des Wertes des gesetzl. Erbteils  
hier: Mutter Alleinerbe  $\rightarrow$  Kind trotzdem  $\frac{1}{4}$ !
- Enterbung nur, wenn ein schweres Verbrechen vorhanden ist  
(Bsp.: mehrere Versuche Vater zu ermorden  $\rightarrow$  Pflichtteil entsagen)
- Pflichtteilsanspruch bis zu 3 Jahren (danach verjährt)
- eigentlich 2 Kinder, ABER Mutter (Erblasser) schreibt in Testament rein, dass Kind 1 alles erbt (weil Lieblingskind) ABER Kind 2 Pflichtteilsanspruch

## DER ERBSCHHEIN

- = vom Gericht ausgestatteter Ausweis, darüber, wer Erbe ist und in welchem Verhältnis zueinander mehrere Personen Erben
- wird nur ausgestellt, wenn beantragt
- durch den Erbschein gutgläubiger Dritter geschützt  
 $\Rightarrow$  es wird generell von der Richtigkeit des Erbscheins ausgegangen



## VERFÜGUNGEN VON TODES WEGEN

### DAS TESTAMENT

↳ eigenhändiges Testament: eigenhändig geschrieben (Fälschungssicherheit),  
Unterschrift, Datum

↳ öffentliches Testament: entweder Erblasser klärt seinen letzten Willen mündlich und der Notar nimmt eine Niederschrift auf

### NOTARIELLES TESTAMENT

oder der Erblasser übergibt dem Notar eine <sup>(Extrap/schrift)</sup> Schrift mit der Erklärung, dass sie seinen letzten Willen enthalten, Notar prüft ob Person testierfähig (wenn Testierbarkeit, dann Testament gültig)

↳ Ehepaar gemeinsames Testament: Frau schreibt Testament, Mann schreibt „Dies ist auch mein Wille“ PLUS Unterschrift von beiden

↳ 3 Punkte:

(1) Unterschrift: alles was über Überschrift steht wird beachtet

(alles, was unten dran steht → keine Beachtung)

(2) Datum: 10 unterschiedliche Testamente, alle aber mit Datum → neuestes Datum gilt

(3) Notar: Person sagt Notar, was er will → Notar schreibt auf Computer auf → Unterschrift von Person und Notar (kostet aber Geld)

### WIDERRUF EINES TESTAMENTS

- alles, was unter Unterschrift steht ist gleich ungültig
- Testament nichtig machen: zerreißten od. neues schreiben (Datum!!!)
- durch ein späteres Testament
- Errichtung eines neuen Testaments mit Widerruf des alten Testaments
- durch Rücknahme des öffentlichen Testaments aus Verwahrung raus

### ERBVERTRAG

- ≙ Vereinbarung als Verfügung von Todes wegen, mit der der künftige Erblasser sich gegenüber einem Dritten verbindlich verpflichtet, dieses Person Vermögen im Falle seines Todes zu übertragen
- Erblasser muss testierfähig sein und voll geschäftsfähig

- Erbvertrag muss notariell beurkundet werden

Bsp.: Vater hat Haus → im Erbvertrag geregelt, dass Mutter nach Tod von Vater das ganze Haus → wenn Mutter tot, dann bekommen Kinder das Haus (Sicherheit, dass Haus nicht verkauft wird)

- alle müssen unterschreiben → Kinder müssen volljährig sein

## GEMEINSCHAFTLICHES TESTAMENT

- verbindet die Verfügung von Todes wegen, die 2 Ehegatten gemeinschaftlich und gegenseitig bindet erreichen wollen

Bsp.: Mann und Frau - gemeinschaftliches Testament

↳ Mann stirbt → Frau bekommt alles → Frau stirbt → Kinder bekommen alles

⇒ Frau kann sagen, dass sie das doch nicht will ABER: nur wenn Mann noch lebt!

- einer schreibt → der andere unterschreibt

## VERMÄCHTNIS (BGB § 1939)

- wenn Erblasser jemandem einen Vermögensvorteil zuwendet, ohne ihn als Erbe einzusetzen

Bsp.: Nefte soll Wohnung bekommen, sonst Kind 1 u. 2 Rest

↳ erst bekommen Kind 1 u. 2 die Wohnung

↳ Nefte muss zu den beiden gehen und sagen, dass er die Wohnung bekommt (steht im Testament)

↳ Kind 1 u. 2 gehen zum Notar und überschreiben Wohnung auf Nefte

- man wird nicht automatisch zum Eigentümer, sondern muss warten bis er es von den Erben übertragen bekommt

- häufig sind es eher kleinere Sachen (Bsp. Instrumente)

- Erbe ≠ Vermächtnis

## AUSSCHLAGUNG EINER ERBSCHAFT

- schlägt man das Erbe (ganzes Erbe) rechtzeitig (6 Wochen ab Kenntnis der Erbschaft) aus, hat man mit dem Vermögen und den Schulden des Erblassers nichts mehr zu tun

- für den Ausschlagenden rückt ein anderer Erbe nach oder die anderen

bekommen einen größeren Erbanteil

- gilt die gesetzliche Erbfolge, so rücken unter Umständen die Kinder des Ausschlaggebenden nach
  - Vorgehensweise bei Schulden
    - ↳ zum Nachlassgericht
    - ↳ Erbe rückt weiter → immer wieder neu ausschlagen
    - ↳ wenn jeder ausschlägt od. kein Erbe da, erbt der Staat
- ⇒ sowohl Kinder als auch ungeborene Kinder!

(6 Wochen ab Bekanntgabe der Schwangerschaft)

### PROBLEME DER ERBENGEMEINSCHAFT

- die Erben können wirksam über Gegenstände (Sachen u. Rechte), die zum Nachlass gehören nur gemeinsam verfügen
- ein Miterbe kann nur über seinen Anteil am Nachlass alleine verfügen
- Verträge über Nachlassgegenstände (z.B. Vermietung) können nur von allen Erben gemeinsam geschlossen werden



- alle müssen zustimmen (bei Bsp. Vermietung)
  - ABER: Notreparaturen darf man machen (kosten dann teilen durch Anzahl)
  - wenn ein Eigentümer stirbt, der 3 Kinder hat, dann schon mehr Eigentümer!
- ⇒ Lösung: Versteigerung (Geld wird nach Anteilen verteilt)  
(im Falle einer Verstrittenheit)

### ARBEITSRECHT

#### ZUSTANDEKOMMEN EINES ARBEITSVERHÄLTNISSES

- Angebot und Annahme  $\hat{=}$  Arbeitsvertrag (BGB §§ 145 ff.)
- 2 übereinstimmende Meinungen (braucht immer 2 Leute)
- Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Arbeitnehmer unabhängig von einer etwaigen Befristung spätestens 1 Monat nach Beginn der Arbeitstätigkeit einen Arbeitsvertrag schriftlich vorzulegen
- auch ein mündlich geschlossener Vertrag ist grundsätzlich gültig und wirksam!

#### WAS MUSS IN EINEN ARBEITSVERTRAG?

- Name und Adresse vom Arbeitgeber und -nehmer



- Art und Umfang der zu leistenden Tätigkeit
- Beginn und Ende
- Arbeitsort
- Umfang der Arbeit
- Vergütung
- wie hoch ist der Urlaubsanspruch
- wie sehen Kündigungsfristen aus

### ZULÄSSIGKEIT VON FRAGEN UND AUSWAHLMETHODEN BEIM EINSTELLUNGSGESPRÄCH

- Fragen zur familiären Situation (schwanger? Kindeplanung?)
  - Fragen zum Privatleben (sexuelle Orientierung, Vorstrafen, ...)
  - Fragen zur Gesundheit (aktuelle Krankheiten)
- ⇒ nicht verpflichtet die Wahrheit zu sagen!

### RECHTE UND PFLICHTEN FÜR ARBEITGEBER UND -NEHMER

- Arbeitsverhältnis entsteht im Sinne von BGB §611

### MINDESTLOHN

- gilt für 18jährige oder mit abgeschlossener Ausbildung
- Arbeitnehmer hat Anspruch auf Mindestlohn (8,84€ / geleistete Arbeitsstd.)
- als Praktikant hat man auch Anspruch auf gesetzlichen Mindestlohn  
AUSNAHME: Pflichtpraktika

### ENTGELTFORTZAHLUNG IM KRANKHEITSFALL

- wenn Arbeitnehmer arbeitsunfähig, muss Arbeitgeber 6 Wochen weiter zahlen
- Mitarbeiter muss Arbeitsunfähigkeit und Dauer (voraussichtlich) dem Arbeitgeber mitteilen
- endet Entgeltfortzahlung, dann Krankengeld von Krankenkasse (70% des letzten beitragspflichtigen Arbeitentgelts, maximal aber 90% des Nettogehalts)
- in der Regel muss am 1. Tag eine Krankmeldung vorliegen

### KÜNDIGUNG

- ordentliche Kündigung  
⇒ „Normalfall“ der Kündigung

- muss schriftlich erfolgen
- Angaben von Gründen sind nicht erforderlich
- kann nur zu bestimmten Terminen und unter Einhaltung bestimmter Fristen erfolgen
- gesetzliche Kündigungsfristen (BGB § 622)
  - für Arbeiter und Angestellte gilt eine einheitliche gesetzliche Mindestkündigungsfrist von 4 Wochen zum 15. oder zum Monatsende
  - bei Kündigung durch den Arbeitgeber gelten folgende verlängerte Kündigungsfristen jeweils zum Monatsende:
    - ↳ 1 Monat nach 2jähriger Betriebszugehörigkeit
    - ↳ 2 Monate nach 5jähriger Betriebszugehörigkeit
    - ↳ 3 Monate nach 8jähriger Betriebszugehörigkeit
    - ↳ 4 Monate nach 10jähriger Betriebszugehörigkeit
- außerordentliche Kündigung
  - wird in der Praxis meist als fristlose Kündigung bezeichnet
  - nur in Ausnahmefällen zulässig
    - ↳ Voraussetzung: wichtiger Grund muss vorliegen
  - Kündigung kann nur innerhalb von 2 Wochen erfolgen
  - ist der Arbeitnehmer von der Unwirksamkeit überzeugt, kann er nun innerhalb einer Frist von 3 Wochen nach Zugang Klage beim Arbeitsgericht erheben  $\hat{=}$  Kündigungsschutzklage
  - Unterschied außerordentliche Kündigung - ordentliche Kündigung:
    - ordentliche Kündigung  $\rightarrow$  Einhaltung bestimmter Kündigungsfristen
    - außerordentliche Kündigung  $\rightarrow$  mit sofortiger Wirkung hört Arbeitsverhältnis auf
- Gründe für fristlose Kündigungen:
  - Straftat gegen Arbeitgeber (muss was mit Arbeitsverhältnis zu tun haben)
  - Krankheitsfall (wenn vorgetäuscht)
  - Selbstbewerbung (auch wenn Urlaub beantragt  $\rightarrow$  abgelehnt  $\rightarrow$  trotzdem gehen)
  - Arbeitsverweigerung
  - öffentliche Beleidigung (gefährdet den Betriebsfrieden)
- nicht-anerkannte Gründe für fristlose Kündigungen:
  - fehlende Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (kann nachgereicht werden)



- Gründung eines Betriebsrats (wer Betriebsratswahl behindert macht sich strafbar)
- Verhältnis mit Kollegen (Privatsache! wenn aber Betriebsfrieden gestört → Chef darf eingreifen)
- Kopftuch (Religionsfreiheit ist wichtiger wie Unternehmensinteressen)

## KÜNDIGUNGSSCHUTZGESETZ

- Zweck / Ziel: sozial ungerechtfertigte Kündigungen zu verhindern
- es gilt nicht in Betrieben mit 10 od. weniger Arbeitnehmern od. wenn Arbeitsverhältnis kürzer als 6 Monate bestanden hat
- Kündigung nur zulässig bei:
  - ↳ Personenbedingte Gründe krankheitsbedingte lang andauernde Fehlzeiten  
Gründe, die an Person selbst liegen → LKW-Fahrer kein Führerschein
  - ↳ Verhaltensbedingte Gründe ständiges Zuspätkommen, Diebstahl → evtl. erst Abmahnung  
10 Mitarbeiter kündigen → Sozialauswahl (muss gute Gründe haben)
  - ↳ dringendes betriebliches Erfordernis soz. Gesichtspunkte: wie lange schon da? Kinder? Verdient Frau?

## DARF DER ARBEITGEBER DEM ARBEITNEHMER WÄHREND KRANKHEIT KÜNDIGEN?

- ja, darf man ABER mit Grund

## KÜNDIGUNGSSCHUTZ WÄHREND DER SCHWANGERSCHAFT

- während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf von 4 Monaten nach der Entbindung kann Ihr Arbeitgeber Ihr Arbeitsverhältnis grundsätzlich nicht kündigen.
- auch eine Kündigung nach einer Fehlgeburt nach der 12. Schwangerschaftswoche ist unzulässig

⇒ Mutterschutzgesetz §17

ABER: die werdende Mutter darf es nur nicht versäumen ihrem Arbeitgeber innerhalb von 2 Wochen nach Erhalt des Kündigungsschreibens über ihren Zustand zu informieren wenn ein Tag nach Zuwachen → Kündigung bleibt  
wenn innerhalb 2 Wochen → Kündigung wird rückwirkend unzulässig

## PFLICHT ZUR ZEUGNISERTEILUNG

- bei Beendigung eines dauernden Dienstverhältnisses hat der Arbeitgeber die Pflicht, dem Arbeitnehmer auf dessen Verlangen hin ein schriftliches Zeugnis über das Dienstverhältnis zu erteilen
- Abfassung muss aus der Sicht des wohlwollenden verständigen Arbeitgebers erfolgen
- Beweislast bei Note 3 oder besser/schlechter
  - ↳ 3 ≙ Durchschnitt wenn die Meinung, dass besser → Beweislast
  - wenn die Meinung, dass schlechter → Beweislast
- wenn Arbeitgeber sich weigert, dann vor Arbeitsgericht



## MIETRECHT

### MIETVERTRAG

- Vertragsparteien: Vermieter und Mieter
- gegenseitiger schuldrechtlicher Vertrag (wie beim Arbeitsvertrag)
- es handelt sich hierbei um ein Dauerschuldverhältnis
- Mietvertrag  $\hat{=}$  ist grundsätzlich formfrei, jedoch unterliegt er ab der Mietdauer von über einem Jahr dem Schriftformerfordernis

### ZEITMIETVERTRAG (nach BGB § 575)

- Vermieter muss Wohnraummieter den Befristungsgrund (bei Abschluss des Vertrags) schriftlich mitteilen
- zeitliche Befristung nur unter diesen Angaben von Gründen möglich:
  - (1) Vermieter möchte Wohnung für sich, seine Familienangehörigen oder Angehörigen des Haushalts nutzen (EIGENBEDARF)
  - (2) Vermieter plant eine wesentliche bauliche Veränderung an der Wohnung, dass der Mieter diese nicht dulden müsste oder könnte (Umbau, Sanierung, Abriss)
  - (3) Vermieter die Räume zur Dienstleistung vermieten will (Werkswohnung)
- ⇒ Sind die Voraussetzungen zeitlicher Befristung und Grund der Befristung bei Vertragsabschluss nicht erfüllt (es wird nur eine zeitliche Befristung vereinbart, der Grund wird nicht genannt), DANN ist das Mietverhältnis automatisch unbefristet

### ENDE DES MIETVERTRAGS

- Mietvertrag kann auf verschiedene Arten enden:
  - ↳ Zeitablauf
  - ↳ ordentliche fristgemäße Kündigung
  - ↳ fristlose Kündigung
  - ↳ Aufhebungsvertrag

### ENDE DES MIETVERTRAGS

- Kündigung des Mieters
  - Kündigungsfrist des Mieters liegt bei 3 Monaten (wenn kein Kündigungsausschluss oder eine wirksame Befristung des Mietvertrags vereinbart)
  - ↳ gilt auch nach langjähriger Miete!
  - wenn Sie zum 03.08.2018 gekündigt haben, ist Ihr Mietvertrag am 31.10.18 beendet

## - Kündigung des Vermieters

- für Vermieter verlängert sich die Kündigungsfrist nach 5 und 8 Jahren Mietdauer um jeweils 3 Monate (max. Kündigungsfrist: 9 Monate)
- Kündigungsgründe:
  - ↳ Eigenbedarf (wenn Vermieter für Räume als Wohnung für sich / Familienangehörigen benötigt)
  - ↳ Wirtschaftl. Verwertung des Grundstücks
  - ↳ Schuldhaftes Verletzung von Vertragspflichten in nicht unerheblichem Umfang durch den Mieter

## FRISTLOSE KÜNDIGUNG DES MIETVERTRAGS

- häufigster Kündigungsgrund  $\hat{=}$  Mietrückstand, wenn...
  - ... in 2 aufeinanderfolgenden Monaten überhaupt keine Miete bezahlt
  - ... in 2 aufeinanderfolgenden Monaten die Miete nur teilweise bezahlt wurde und die 2 Beträge zsm eine Monatsmiete überschreiten
  - ... über mehr als 2 Monate hinweg (müssen nicht zsmhängend sein) die Miete teilweise nicht gezahlt und ein Mietrückstand von 2 Monatsmieten entstanden ist
- Mieter kann aber Zwangsauszug verhindern, wenn innerhalb von 2 Monaten nach Zustellung der Räumungsklage der Rückstand voll bezahlt wird

## BETREUUNGSRECHT (BGB § 1896 Abs. 1)

- Voraussetzungen um Betreuer zu bestellen:
  - ↳ volljährig (für minderjährige keinen Betreuer  $\rightarrow$  Eltern!)
  - ↳ seine Angelegenheiten nicht besorgen / kann sich nicht selbstständig um seine Sachen kümmern (wie minderjährig)

## PSYCHISCHE STÖRUNGEN

### - seelische Störungen

bleibende psychische Beeinträchtigungen, die als Folge von psychischen Erkrankungen entstanden PLUS geistiger Altersabbau (Schizophrenie, ...)

### - geistige Behinderung

angeborene + während Geburt oder durch frühkindliche Hirnschädigungen erlittenen Intelligenzdefekten (verschiedener Schweregrade)

### - körperliche Behinderung

auch hier Betreuung möglich, aber nur wenn er in Handlungen eingeschränkt ist

- zur Krankheit muss Fürsorgebedürfnis hinzutreten: Betreuer darf nur bestellt werden, wenn der Betroffene seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht mehr selbst erledigen kann

### ERFORDERLICHKEIT

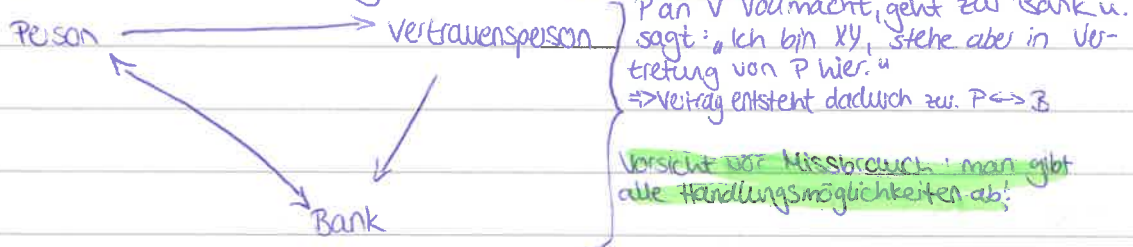
- brauchen wir eins? (ob Betreuerbestellung)
- Umfang des Aufgabenbereichs / Aufgabenkreises des Betreuers
- Auswirkungen der gerichtlichen Maßnahmen
- Dauer der Betreuung (nach 7 Jahren nochmal anschauen)
- Umfang: BGB § 1896 Abs. 2-3
- Betreuer darf nur für Arbeitskreis bestellt werden, in denen eine Betreuung notwendig ist: in Bereichen wo Person selbstständig keine Betreuung

### VOLLMACHT

Bestellung einer Betreuung kann vermieden werden, wenn bereits andere Personen bevollmächtigt wurden oder noch bevollmächtigt werden kann

### VORSORGEVOLLMACHT

- durch Rechtsgeschäft erteilte Vertretungsmacht (setzt Geschäftsfähigkeit voraus) → bevollmächtigte Person  $\hat{=}$  Vertrauensperson



- Innenverhältnis: Absprache zwischen P und V  $\hat{=}$  Vertrag
- Außenverhältnis: was in Vollmacht drin steht (kann wirksam vertreten?)
- Vorsorgevollmacht ist für alles! (also auch für OP-Entscheidungen etc.)
- 1x pro Jahr sich vor Betreuungsgericht rechtfertigen
- Überprüfung des Betreuers durch das Betreuungsgericht
- mit Vollmacht wird niemand überprüft
- Vollmacht umschreibt rechtliches Können der bevollmächtigten Person im Außenverhältnis (Rechtsmacht/Befugnis), Rechtsgeschäfte im Namen des Vollmachtgebers vorzunehmen
- Vollmacht bedeutet, dass P trotzdem zur Bank gehen kann (V nur um Entscheidungen etc.)

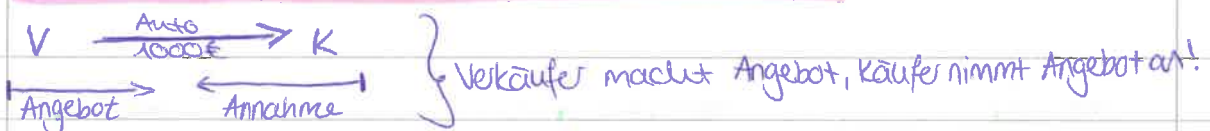


## ANSCHEINSVOLLMACHT

Bsp.: OBI-Kasse → Kassiererin hat Vollmacht für OBI Geld entgegen zu nehmen

=> Käufer geht davon aus, dass Kassiererin Vollmacht dafür hat wenn in Vollmacht steht, dass Bankgeschäfte machen von XY  
↳ wenn Entscheidung ob Maschine abstellen oder nicht, darf das XY nicht machen! (weil nur Bankgeschäfte in Vollmacht drin!)

## EXKURS: DAS ZUSTANDEKOMMEN VON VERTRÄGEN



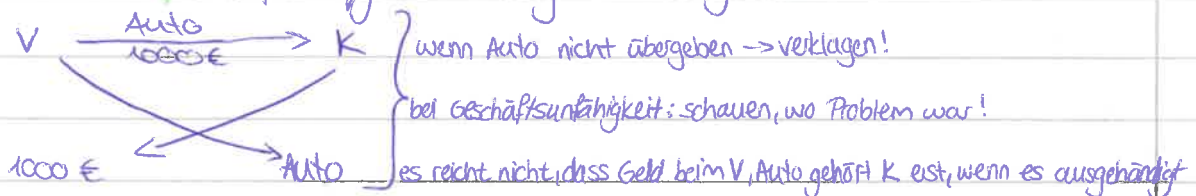
=> 2 wirksame Willenserklärungen, die übereinstimmen!

=> immer Antrag / Angebot und Annahme

• Vertrag ist aufgesetzt, ABER noch nicht durchgesetzt

Bedeutet: Käufer aufgrund Vertrag 1000 € zahlen

Verkäufer aufgrund Vertrag Auto übergeben



• erst wenn beides gewechselt, dann wechselt auch Besitzer

↳ Gegenstand gehört einem erst, wenn er ausgehändigt wurde

=> verkaufen heißt nur Versprechen (sowohl vom Verkäufer als auch vom Käufer)

## KANN SICH PARTNER OD. KINDER UM ANGELEGENHEITEN KÜMMERN?

• Eltern gegenüber minderjährigen Kindern Sorgerecht → Befugnis zur Entscheidung u. Vertretung in Angelegenheiten

• wenn rechtsverbindliche Erklärungen / Entscheidungen, dann weder noch (dürfen Person nicht gesetzlich vertreten!)

=> dürfen nicht

## FORMVORSCHRIFTEN

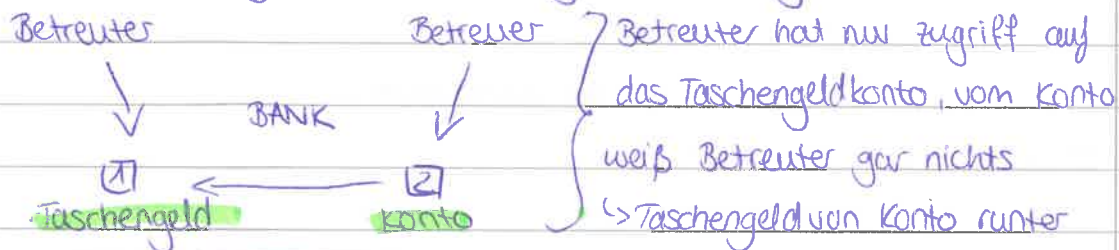
• bei Vorsorgevollmacht besteht keine Formvorschrift (auch mündlich)

↳ i.d.R. immer schriftlich (am Besten durch Notar!)

• Notar schaut, dass Unterschrift von Person, die Vollmacht gibt

## AUSWIRKUNGEN DER BETREUUNG

- keine Entrenchung, wenn Betreuer bestellt wird
  - ↳ Betreuer  $\hat{=}$  Bevollmächtigter (ohne Vollmacht ABER mit Betreuerausweis)
- Betreuer kann Verträge schließen, ABER auch die zu betreuenden noch (Voraussetzung: Betreuer muss geschäftsfähig sein)



## GESCHÄFTSUNFÄHIGKEIT (BGB § 104)

- wer noch nicht 7. LJ vollendet
- wer Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit (wenn nicht nur vorübergehend)
- ab 7. → beschränkt geschäftsfähig: Taschengeld okay
  - ABER auch schwebende Unwirksamkeit (Eltern entscheiden ob Vertrag okay od. nicht)
  - ↳ Verkäufer kann Eltern anrufen → wenn Eltern nichts sagen, wird Vertrag nach 2 Wochen unwirksam

## EINWILLIGUNGSVORBEHALT

- Betreuer hat keinen Einfluss auf Handlungsfähigkeit
  - ↳ wenn man aber sagt, dass Person keine Verträge mehr abschließen kann DANN: Entmündigung durch Gericht (Verträge auch in schwebender Unwirksamkeit) → Betreuer entscheidet ob Vertrag in Ordnung od. nicht
    - ↳ Betreuer muss nicht unterschreiben → wird Person aufgebracht, ABER erst nach Gutachten!
- Betreuer braucht dann Einwilligung vom Betreuten. Ausnahme: geringfügige Geschäfte des alltäglichen Lebens
- wird angeordnet, wenn erhebliche Gefahr besteht, dass Betreuer sich selbst od. sein Vermögen schädigt
  - ⇒ dient dem Schutz des Betreuten vor uneinsichtiger Selbstschädigung

## EHESCHLIEßUNG UND ERRICHTUNG VON TESTAMENTEN, WAHLRECHT

- Betreuete können (auch wenn geschäftsunfähig) ihre höchstpersönlichen Rechte weiter wahrnehmen (Bsp. Heirat) Einwilligungsvorbehalt gibt es hier nicht
- auch Testamente → Voraussetzung: testierfähig d.h. wenn in Lage, die Betreuung ihrer Erklärung einzusehen u. auch danach zu handeln



- Sorgerecht verliert man nicht zwingend wenn man geschäftsunfähig ist  
↳ wenn Mutter geschäftsunfähig, dann auch keine Geschäfte mit Kind

### DAUER DER BETREUUNG

- dürfen nur für bestimmte Zeit bestellt werden (solange wie Betreuung notwendig)
- alle 7 Jahre muss wieder über Betreuung neu entscheiden  
↳ Betreuung fortführen od. nicht
- 7 Jahre Betreuung  $\hat{=}$  maximaler Regelfall

### AUSWAHL DES BETREUERS

- können nur natürliche Person sein
- geeignet für den Arbeitskreis sein
- zeitlicher Umfang  
⇒ es gibt keine Prüfung, Ausbildung, ...
- Unterscheidung zwischen...
  - ... Ehrenamtliche Betreuer : für nichts (nur Aufwandsentschädigung)
  - ... Berufliche Betreuer : um einiges teurer
 ⇒ nach Schlaganfall erst mal Frau fragen (zu alt), dann Kinder (können nicht), dann Ehrenamtliche, dann Berufsbetreuer
- Betreuer muss Konten, Vermögenssachen frei legen (1x pro Jahr)  
↳ wenn es nicht passt, dann auch Möglichkeit zum Feuern
- für bestimmte Bereiche kann ein 2. Betreuer dazubestellt werden
- Betroffene dürfen Wünsche äußern, wer Betreuung übernimmt (ist zu berücksichtigen)

### WELCHE AUFGABEN HAT DER BETREUER

- Betreuer muss notwendig sein
- Betreuerausweis: Aufgabenbereiche, Stempel und Unterschrift Gericht  
wird wieder eingezogen, SOBAID Betreuung beendet
- Betreuer vertritt den Betreuten gerichtlich und außergerichtlich
- Gericht kann Postvollmacht erteilen → alle Briefe gehen an Betreuer

### VERMÖGENSSORGE

- Zugriff auf alle Konten, Immobilien, Depots → Verwaltung
- Ermittlung und Verwaltung des Vermögens / Einkommens des Betreuten durch den Betreuer

Betreuter in Heim : wenn wieder kommen → Haus stehen lassen  
wenn nicht wieder kommen → Haus vermieten



- Geldanlagen müssen Mündelsicher sein
- Verzeichnis des Betreuungsvermögens

## GELDANLAGE UND GELDGESCHÄFTE

- **Betreutenvermögen** ist wirtschaftlich zu verwalten  
↳ Geld, das nicht zur Bestreitung laufender Ausgaben benötigt wird, ist **verzinstlich und mündelsicher anzulegen!**
- **Sperfabrede**  $\hat{=}$  Genehmigung des Betreuungsgericht, dass Betreuer Geld abheben darf **bei Vollmacht keine Genehmigung nötig**
- **Wünsche** dürfen berücksichtigt werden  $\rightarrow$  mit Absprache Gericht

## GENEHMIGUNGEN DES BETREUUNGSGERICHTS IST NÖTIG BEI:

- Grundstücksgeschäften  $\rightarrow$  Wohnung darf nicht einfach verkauft werden
- Kredite aufnehmen
- Erbausschlagungen
- Verträge generell abschließen
- Kündigung der Wohnung

## GESUNDHEITSSORGE

- **Einwilligung** für **ärztliche Behandlungen**
- **Unterschreiben** von **Behandlungsverträgen**
- für **Pflege- und Rehabilitationsmaßnahmen** sorgen
- **Behandlung und Pflege beaufsichtigen**

## AUFENTHALTSBESTIMMUNGSRECHT

- **Betreuer** darf sagen, wo Mensch wohnt  
↳ entscheidet also für Wohnort
- Betreuer darf aber nicht den Betreuten einfach „umsiedeln“
- wenn Betreuer sich nicht äußern kann  $\rightarrow$  Betreuer äußert für ihn
- als Betreuer nicht die beste Lösung finden, **SONDERN** Betreuten unterstützen  $\Rightarrow$  keine Bevormundung!

## FREIHEITSENTZIEHENDE MAßNAHME

$\hat{=}$  Anbringen von Bettgittern, Bauchgurten, Vollfixierung im Bett, Fixierung im Stuhl, gezielte Ruhigstellung durch Medikamente um den Betroffenen am Verlassen der Einrichtung zu hindern, Absperrung des Zimmers / der Station, komplizierte Schließme-

mechanismen an der Zimmer- od. Stationstüre

- bei akuter Gefahr für Betroffene selber od. für andere
- wenn Betroffener sagt, dass er fixiert werden will
- sonst Genehmigung des Betreuungsgerichts!

↳ Regelung der Maßnahme

### VERHINDERUNGSBETREUER / ERGÄNZUNGSBETREUER

- wenn Betreuer nicht erreichbar, wenn Betreuer mit Aufgabe überfordert
- „normaler“ Betreuer bleibt trotzdem bestehen
- ↳ Ergänzungsbetreuer nur so lange, bis Aufgabe erledigt od. Betreuer wieder erreichbar

Annahme: Betreuer ist für 4 Wochen im Urlaub, dann Untervollmacht an z.B. Schwester

### KONTROLLBETREUER

≙ Vollmachtbetreuer

≙ Überwachungsbetreuer

- Arbeitskreis: Überwachung eines Bevollmächtigten
- kann parallel zur Vorsorgevollmacht angeordnet werden
- ↳ sonst schließen sich Vorsorgevollmacht und Betreuung gegenseitig aus!
- wenn durch hinreichende Beweise bewiesen wird, DASS Bevollmächtigter mit Umfang und Schwierigkeit der vorzunehmenden Geschäfte überfordert ist
- ↳ wenn gegen Redlichkeit und Tüchtigkeit Zweifel da
- Problem ≙ Erkennung

### BETREUUNG NEBEN DER VOLLMACHT

- Funktion des Betreuungsgericht
- wenn Betreuer nicht mehr selbst fähig, den Betreuer zu kontrollieren

### VERFAHREN DER BETREUERBESTELLUNG

- Betreuer vom Betreuungsgericht bestellt (Betroffener auch selbst beantragen, SONST in allen anderen Fällen → Gericht, auch ohne Antrag des Betroffenen)
- Dritte (Familienangehörige) können Gericht Antrag stellen



## PERSÖNLICHE ANHÖRUNG DES BETROFFENEN

- Richter muss sich selbst einen Eindruck machen!  
↳ er muss auch in Einrichtung fahren, wenn Betroffener nicht mobil

## SACHVERSTÄNDIGENGUTACHTEN (zwingend)

- über Notwendigkeit, Dauer und Umfang
- Richter: für was? weshalb? wie lang?  
↳ ABER Richter ist kein Fachmann! ⇒ durch Psychologe durchgeführt  
⇒ ohne Richter und Gutachten geht nichts (Krankenhaus → schnell → Arzt sagt)

## VERGÜTUNG

- Betreuung ist oft Ehrenamt → unentgeltlich ABER Aufwandsentschädigung
- Stundensatz Berufsbetreuer: ungelernt → 27€, Ausbildung → 36€, Studium → 44€ (meistens zw. 2 u. 3 Std./Monat)  
⇒ kein pauschaler Stundensatz (wegen Missbrauch früher!)

## VERFAHRENSPFLÉGER

- Zusatz vom Betreuer
- Aufgabe: im Verfahren vor Gericht die Interessen des Betroffenen vertreten → muss angehört werden! Betroffener darf was sagen → kann nicht → Verfahrenspflege

## UNTERBRINGUNG

- im Betreuungsrecht eine mit einer Freiheitsentziehenden Maßnahme verbundene  
↳ liegt vor, wenn der Betreute: auf beschränktem Raum festgehalten wird, Aufenthalt ständig überwacht, Kontaktaufnahme mit Personen außerhalb Sicherheitsmaßnahme verhindert
- Unterbringung zur Vermeidung einer Selbstschädigung  
↳ Voraussetzungen: Betreuer aufgrund Krankheit seinen Willen nicht frei bestimmen kann, Betreuer dringend med. behandlungsbedürftig ist  
⇒ wenn dringende akute Behandlungsbedürftigkeit besteht, DANN Unterbringung

## UNTERBRINGUNGSMAßNAHMEN

- Dauer der Maßnahme richtet sich danach, ob Maßnahme im Wege der einstweiligen Anordnung od. im Hauptverfahren ergeht, sowie im Einzelfall nach Art der Maßnahme
- Verlängerung ist unter bestimmten Voraussetzungen möglich



## UNTERBRINGUNG VORGEHENSWEISE

- Antrag stellen Betreuer od. Bevollmächtigter (wenn kein Betreuer) od. Betreuungsgesicht (wenn kein Betreuer: sofort bestellen AUßER vorläufig behindert)
- akute Selbstgefährdung muss vorhanden sein (nach außen → kein Grund für Unterbr.)

## GESETZ ÜBER DIE UNTERBRINGUNG PSYCHISCH KRANKER

- wurde veröffentlicht
- Besonderheit: Behörde muss aktiv werden!
- Sicherheitsverwaltung nur, wenn was passiert ist!

## SOZIALE SICHERUNG

### KINDERGELD

- wer Kind hat und in Deutschland wohnt → Anspruch auch für
  - Ausländer, auch für reiche Familien
  - für jedes Kind erhält nur eine Person Kindergeld
  - wenn getrennt od. geschieden → der, wo Kind lebt bekommt es
  - Kinder, die nicht mehr bei Eltern wohnen → Person, in deren Haushalt Kind wohnt bekommt es
  - Kindergeld erhalten, wenn:
    - ... des Ehegatten im Haushalt
    - ... Enkelkinder im Haushalt
    - ... Pflegekinder im Haushalt
- nicht biologische Abstammung, SONDERN Haushalt u.U. auch länger wie 18 Jahre  
bis 25 Jahren Kindergeld  
Kinder, bis Abschluss Studium / Ausbildung!..

### BUNDESELTERNGELD

- Elterngeld = wichtige Unterstützung für Familien in den 1. Lebensmonaten ihres Kindes Einkommenswegfall nach Geburt
- Anspruch haben Väter und Mütter, wenn gemeinsam aufziehen, mit Kind gemeinsam im Haushalt leben, nicht > 30 Std. arbeiten, Wohnsitz in Deutschland haben
- keinen Anspruch haben Elternpaare / Berechtigtenpaare, die im Kalenderjahr vor Geburt ein zu versteuerndes Einkommen (> 500.000 €) | Alleinerziehende entfällt Anspruch ab 250.000 €
- je besser verdienen, desto mehr Elterngeld (65% des Vor-Netto-Einkommens)
- ein Elternteil 2, ein Elternteil 12 Monate

### ELTERNGELD PLUS

- nicht nur 1 Jahr → 2 Jahre

• Prinzip gleich wie bei Ehengeld, ABER auf 2 Jahre gestreckt und nur die Hälfte

• anderer Partner: 4 Monate zuhause

• Geld ist steuerfrei

### UNTERHALTSVORSCHUSS

≡ besondere Hilfe für Alleinerziehende

• wenn Alleinerziehende von Mann kein Unterhalt → Mann zahlt nicht → Landratsamt → kleiner Betrag wird ausbezahlt → Amt holt Geld bei Mann zurück

• bis 12 gibt es ihn uneingeschränkt → wenn bis 18 und keine Leistung nach § 32 II bekommt, dann auch weiter Unterhaltsvorschuss

### MUTTERSCHAFTSGELD DER GESETZLICHEN KRANKENKASSE

• während Schutzfrist vor u. nach Geburt → Geld von gk

↳ Arbeitgeber wird mit Schwangerschaft nicht belangt

↳ Mutter muss aber in Krankenversicherung sein wenn nicht, dann kein Geld

• wenn Komplikation, DANN Krankschreibung → Arbeitgeber zahlt 6 Wochen weiter

### ARBEITSLOSENGELD

• Anspruch wenn: beschäftigungslos, pers. arbeitslos gemeldet, gleichzeitig um neue Arbeit bemühen, Anwartschaft erreicht

• Anwartschaft ist dann erreicht, wenn innerhalb der letzten 2 Jahre 12 Monate versicherungspflichtig bei Agentur für Arbeit

• je länger gearbeitet, desto mehr Arbeitslosengeld auch mehr wenn älter → geringere Chance auf Arbeit

• wenn arbeitslos melden → Bogen, den Arbeitgeber ausfüllt mit wie viel verdient  
→ Mittelwert

### KURZARBEITERGELD

• wenn Betriebe aus wirtsch. Gründen Arbeitszeit verringern

↳ es werden nicht die ganzen Leute entlassen!

• Kurzarbeitergeld ergänzt gekürzten Lohn zum vorherigen Lohn

Kurzarbeitergeld + gekürzter Lohn = alter, voller Lohn

• gesetzl. Bezugsdauer ≙ 12 Monate

### INSOLVENZGELD

• arbeiten in Betrieb dem es schlecht geht → im Nov. kein Lohn (dauf daheim bleiben, kündigen,...)

• wenn Betrieb zahlungsunfähig ist: Arbeitsamt zahlt 3 Monatsgehälter → müssen keine zsmhängende Monate sein!  
Insolvenzausfallgeld

## GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSSUCHENDE

- wer trotz Bemühungen keine Arbeit gefunden ODER Arbeit, deren Lohn nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts nicht reicht!
  - ↳ Sozialgeld bekommt man ab 15
  - ↳ mind. 3 Std. im Arbeitsmarkt tätig
  - ↳ Lebensunterhalt nicht anders verdienen

## ARBEITSLOSENGELD II $\hat{=}$ Hartz IV $\hat{=}$ Sozialgeld

- zusätz. Leistung zum Regelbedarf
  - ↳ Erstausrüstung der Wohnung
  - ↳ besondere Zuschüsse für Kleider
  - ↳ Anschaffung u. Reparatur orthopädischer Schuhe, ...

## KOSTEN DER UNTERKUNFT

- angemessene Aufwendungen für Unterkunft und Heizungen werden von Kommunen für die ges. Bedarfsgemeinschaft im Rahmen von ALG II und Aufwendung Kalt- und Warmwasser u. Abwasser
- wie viel bekommen regelt Kommune  $\rightarrow$  legen Regelsatz fest (qm, Kosten, 1 od. 2 Personen)
- wenn ALG II  $\rightarrow$  kein Wohngeld mehr *Aufwendung Wohnung sind ja berücksichtigt*
- wenn Wohnung unangemessen groß:
  - Arbeiten: leisten
  - ALG I: leisten
  - ALG II: 6 Monate bezahlt, dann weg (*andere Wohnung suchen, Untermiete etc.*)
- Kommune zahlt aber Kosten für Umzug

## BEITRÄGE ZUR SOZIALVERSICHERUNG

- wenn ALG II, DANN gk  
• DANN soz. Pflegeversicherung } PFLICHTVERSICHERT
- privat versicherte Leistungsberechtigte erhalten Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen

## KINDERZUSCHLAG

- Eltern, die mit ihrem Gehalt ihren Lebensunterhalt bestreiten können, ABER für Kind reicht es nicht mehr ( $\rightarrow$  170 €/Monat) bei FamKasse beantragen

## UNFALLVERSICHERUNG

- wenn arbeiten, DANN zahlt Arbeitgeber ein
- schützt vor Unfällen und den daraus resultierenden Folgen auf dem Weg zur



Arbeit od. auf Arbeit (nur auf direktem Weg nach Hause!)

- Kinder in Kitas, Studenten in HS → Unfallversicherung
- u.a. Anspruch auf Heilbehandlung, Kosten für ärztl. Behandlung, Aufenthalte im KH
- Verletzengeld, das man bekommt  $\hat{=}$  80% des entgangenen Bruttogehalts für 78 Wochen

### REHABILITATION UND TEILHABE

• haben normalen Anspruch auf Sozialleistungen ABER zusätzl. Ansprüche, um Behinderung abzuwenden, beseitigen, mindern od. um zu verhüten, dass sie sich verschlimmert, od. um Folgen zu mildern unabhängig von Ursache der Beh.

### LEISTUNGEN ZUR TEILHABE

- sollen Betroffenen einen angemessenen Platz in Gesellschaft sichern

↳ besser integriert werden

↳ Ärztl. Behandlungen, Früherkennung

=> keinen festen Katalog: einfach hingehen u. sagen Leistung X hilft → ja od. nein

### LEISTUNGEN ZUR TEILHABE AM ARBEITSLEBEN

- Hilfen, um Arbeitsplätze zu bekommen PLUS Mobilitätshilfen, Trainingsmaßnahmen, vermittlungsunterstützende Leistungen
- Berufsvorbereitung PLUS Grundausbildung, die wegen der Behinderung erforderlich ist
- Berufsl. Erprobung, Ausbildung, Weiterbildung PLUS schulischer Abschluss, der erforderlich ist, um an beruflicher Weiterbildung teilzunehmen

### LEISTUNGEN ZUR TEILHABE AN BILDUNG

- unterstützende Leistungen, die erforderlich sind, damit Menschen mit Beh. Bildungsangebote gleichberechtigt wahrnehmen können Hilfen zur Schulbildung, zur schulischen Berufsausbildung, Hochschulbildung, zur schulischen u. hochschulischen Weiterbildung

### LEISTUNGEN ZUR SOZIALEN TEILHABE

- Leistungen für Wohnraum, zur Mobilität, zur Verständigung mit der Umwelt
- Assistenzleistungen zur selbstbestimmten u. eigenständigen Bewältigung des Alltags PLUS Teilhabe am gesell. u. kulturellen Leben

### LEISTUNGEN ZUR MEDIZINISCHEN REHABILITATION

- Heilmittel, Hilfsmittel, Früherkennung u. -förderung bei Kinder, ärztl. u. zahnärztl. Behandlungen

=> können ambulant, stationär durch Behördendienste und -einrichtungen ausgeführt werden

## LEISTUNGEN ZUR TEILHABE - PERSÖNLICHES BUDGET

- damit Menschen mit Beh. möglichst selbstständiges Leben führen → regelmäßige od. einmalige Geldzahlungen / Gutscheine zur eigenen Verfügung erhalten
- ↳ können benötigte Leistungen selbst organisieren u. bezahlen (auch pflegebedürftige Menschen)
- kann auch trägerübergreifend als Gesamtbudget alles in Betracht kommenden Leistungen gezahlt werden

## SOZIALHILFE

- erbringt Leistungen für diejenigen Personen, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft u. Mitteln decken können u. auch keine (ausreichende) Ansprüche aus vorgelegten Versicherungs- u. Versorgungssystemen haben

## SYSTEMIK DER SOZIALHILFELEISTUNGEN

### HILFE ZUM LEBENSUNTERTHALT

- beziehen hauptsächlich in Privathaushalten lebenden Personen
- Regelbedarfsstufen von 1-6 ABER müssen leistungsberechtigt sein!

RBS 1 : Alleinstehend

RBS 2 : Ehegatten / Lebenspartner / ... 2 Pers.

RBS 3 : Erwachsene in stationärer Einrichtung

RBS 4 : Jugendlicher (von Beginn 15. - Ende 18. LJ)

RBS 5 : Kinder (von Beginn 7. - Ende 14. LJ)

RBS 6 : Kinder (bis Ende 6. LJ)

## GRUNDSICHERUNG IM ALTER UND BEI ERWERBSMINDERUNG

- Personen haben mit Erreichen der Regelaltersgrenze, sowie bei dauerhaften und allein aus med. Gründen voller Erwerbsminderung, wenn sie bedürftig sind, einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

### Altersrente:

↳ Regelaltersgrenze ab 1947 → 67. LJ

↳ für alle nach 1963 = Regelaltersgrenze → 69

⇒ Ausnahmen: für besonders langjährig Versicherte, die das 63. LJ vollendet und die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt → weiterhin siehe letzte Seite

### Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit:

↳ ersetzt Einkommen, wenn Versichert eingeschränkt od. nicht mehr erwerbsfähig

↳ werden längstens bis Erreichen Regelaltersgrenze gezahlt, DANN Anspruch auf Regelaltersrente

#### • Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung

↳ betrifft Versicherte, die wegen Krankheit od. Beh. auf nicht absehbare Zeit außerstande sind, unter üblichen Bedingungen des allg. Arbeitsmarktes mind. 6 Std. / Tag zu arbeiten

#### • Rente wegen voller Erwerbsminderung

↳ betrifft Versicherte, die wegen Krankheit od. Beh. auf nicht absehbare Zeit außerstande sind, unter üblichen Bedingungen des allg. Arbeitsmarktes mind. 3 Std. / Tag zu arbeiten

#### • Rente wegen Todes - Waisenrente

↳ erhalten nach Tod des Versicherten seine Kinder

↳ Anspruch besteht bis Ende 18. LJ wenn Waise in Schul- od. Berufsausbildung: bis Ende 27. LJ

#### • Rente wegen Todes - Witwen- / Witwerrente

↳ Anspruch besteht für überlebende Ehegatten die nach Tod Partner nicht mehr geheiratet haben

### HILFEN ZUR GESUNDHEIT

#### • entsprechen den Leistungen der gkv

↳ nicht Krankenversich. Sozialhilfsempfänger erhalten gleiche Gesundheitsleistungen wie gesetzl. krankenversicherte Menschen

### EINGLIEDERUNGSHILFE FÜR BEHINDERTE MENSCHEN

• erhalten Personen, die durch eine (drohende) körperl., geistige od. seel. Beh. im wesentlichen ihrer Fähigkeiten, an der Gesellschaft teilzunehmen, eingeschränkt

• Leistungen zur Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben

• Hilfen bei Beschaffung, dem Umbau, Ausstattung u. Erhaltung einer behinderten-gerechten Wohnung

#### • Schwerbehindertenausweis

↳ erhalten auf Antrag beim zuständigen Versorgungsamt einen

↳ öffentlicher Personverkehr unentgeltlich befördert, wenn nicht alleine / überfordert

### HILFE ZUR PFLEGE

#### • Pflegeversicherung

↳ pflegebedürftig sind Menschen, die körperl., geistig od. seel. Beeinträchtigungen



od. gesundheitlich bedingte Belastungen od. Anforderungen nicht selbstständig bewältigen können

↳ Pflegebedürftigen muss auf Dauer (mind. 6 Monate)

↳ Pflegekasse: lässt Gutachten machen um Pflegebedürftigkeit und Pflegeaufwand zu bestimmen  
(vom med. Dienst)

↳ um festzustellen, wie selbstständig pflegebedürftige Person ist:

- (1) Mobilität
- (2) geistige u. kommunikative Fähigkeiten
- (3) Verhaltensweisen u. psychische Problemlagen
- (4) Selbstversorgung
- (5) Selbstständiger Umgang mit krankheits- od. therapiebedingten Anforderungen u. Belastungen PLUS Bewältigung
- (6) Gestaltung des Alltagslebens u. soz. Kontakte

• Pflegegrade

↳ orientieren sich nach Schwere der Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit od. der Fähigkeiten der pflegebedürftigen Person

↳ wird mit Hilfe eines pflegfachlich begründeten Begutachtungsinstrument ermittelt

↳ insg. 5 Pflegegrade  
Pflegegrad 1: geringe Beeinträchtigung der Selbstständigkeit / Fähigkeiten  
Pflegegrad 5: schwerste Beeinträchtigungen + bes. Anforderung pflegerische Versorgung

## HILFEN ZUR ÜBERWINDUNG BESONDERER SOZIALER SCHWIERIGKEITEN

### HILFE IN ANDEREN LEBENSLAGEN

• die Hilfen zur Weiterführung des Haushaltes: Altenhilfe, Behindertenhilfe, Bünderhilfe, Bestattungskosten

### WER IST FÜR WELCHE HILFEN ZUSTÄNDIG?

- KV: Leistungen zur med. Rehabilitation
- RV: " — " u. Teilhabe am Arbeitsleben
- UV: bei Arbeitsunfällen / Berufskrankheiten → Leistungen zur med. Rehabilitation, Teilhabe am Arbeitsleben u. soz. Teilhabe
- Sozial- / Jugendhilfe: für alle erforderlichen Leistungen zur Teilhabe

ABER nur, wenn kein anderer Träger da ist!

⇒ jeder Rehabilitationsträger muss den (formlosen) Antrag auf Leistungen zur Reha und Teilhabe entgegennehmen auch wenn selbst nicht zuständig → an richtige weiterleiten

## WOHNGELD

- id.R. für 12 Monate bewilligt
- bei zuständiger Wohngeldbehörde Antrag stellen und Voraussetzungen nachweisen

## AUSSCHLUSS VON WOHNGELD

- keine erhalten Leistungsberechtigten von
    - ↳ ALG u. Sozialgeld
    - ↳ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
    - ↳ Übergangsgeld in Höhe des Betrags von ALG II
    - ↳ Vorkessergeld in Höhe des Betrags von ALG II
- ⇒ ist Zuschuss des Staates zu den Wohnkosten für Bürger mit geringem Einkommen

## GRUNDVORAUSSETZUNG: ERFÜLLUNG VON WARTZEITEN

- Leistungen aus der RV können nur beansprucht werden, wenn die Versicherten mind. eine Zeit lang der Versicherung angehört haben
- allg. Wartezeit: 5 Jahre mit Beitragszeiten u. Ersatzzeiten
  - ⇒ Voraussetzung für Anspruch auf Regelaltersrente, Rente wegen Erwerbsminderung, Rente wegen Todes

